



23. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts „50 Jahre V. Republik“ mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung

Im Jahr 2008 begeht die V. Republik Frankreichs ihren 50. Geburtstag – Zeit für einen Gesundheitscheck. In diesem Zeitraum hat sie einige große, einschneidende Veränderungen und einige kleinere Modifikationen erfahren. Wollte man die vielfältigen Diskussionen und Beiträge der dreitägigen dfi-Tagung auf den Punkt bringen, so könnte man sagen: Die V. Republik erfreut sich bester Gesundheit. Sie hat ihre Aufgabe erfüllt, die vor dem Hintergrund der III. und IV. Republik vor allem darin bestand, stabile politische Mehrheiten und eine starke Exekutive zu garantieren.

Jean François-Poncet (Senator, Ancien Ministre), der noch vor Gründung der V. Republik seine Karriere als „Haut fonctionnaire“ in verantwortungsvollen Positionen begann, betonte, dass man bei aller berechtigten Kritik an der schwachen Stellung des Parlaments und der Machtfülle des Präsidenten nicht vergessen sollte, dass die Aufgabe eben zunächst in der Stabilisierung der Verhältnisse bestand. Schickt man dies voraus, ist es völlig konsequent, dass der neue Staatspräsident den Kreis schließt und eine weitere „Präsidentialisierung“ der Exekutive vollzieht. Das Mehrheitswahlrecht, so François-Poncet, habe zudem zu einer zunehmenden Bipolarisierung geführt, in der man die moderne Form der demokratischen Mehrheitsbildung sehen mag, wie sie auch in Großbritannien und den USA gepflegt wird. Allerdings haben auch die Praktiker mit langer politischer Erfahrung nicht geleugnet, dass eine Stärkung des Parlaments und der Zwischengewalten in der Gesellschaft durchaus wünschenswert wäre. Dieses „Demokratiedefizit“ wurde von mehreren Forschern in den Mittelpunkt gestellt. Nicolas Tenzer (Paris) zeichnete ein kritisches Bild der heutigen politischen Praxis und betonte dabei vor allem die Schwäche des Parlaments und die Unfähigkeit der politischen Klasse (der Verwaltung und der Mandatsträger), sich um die Umsetzung beschlossener Reformen wirklich zu kümmern. In der Diskussion wies dfi-Präsident Erwin Teufel darauf hin, dass eine der positiven Auswirkungen des Föderalismus genau darin bestehe, dass die fachliche Expertise der Beamten in allen wichtigen politischen Feldern nicht nur einmal, sondern mehrfach vorhanden sei. Durch den Abstimmungsprozess zwischen den Ländern ergebe dies in der Summe eine gewisse Qualität und Haltbarkeit der Entscheidungen. Trotz seiner sehr ernüchternden Sichtweise betonte Tenzer – wie im Übrigen fast alle Referenten – dass momentan eine günstige Gelegenheit sei, um tief greifende Reformen zu realisieren.

Der Verfassungsrechtler Michel Verpeaux (Paris I) rief die Entwicklung der Verfassung aus juristischer Perspektive in Erinnerung. Besonderes Gewicht, auch im Hinblick auf die Machtkontrolle und die demokratischen Rechte des Parlaments, hat die Möglichkeit der parlamentarischen Opposition, das Verfassungsgericht („Conseil Constitutionnel“) anzurufen und Gesetze prüfen zu lassen. Juristisch interessant sind dabei vor allem die verfassungsrechtlichen Konsequenzen der europäischen Verträge.

Eine Leitfrage, die sich durch einige Vorträge hindurch zog, betraf die Reformfähigkeit innerhalb der bestehenden Strukturen. Zwei Meinungen standen sich dabei gegenüber: Reformen werden aufgrund der gegebenen auch verfassungsgebundenen Rahmenbedingungen nicht möglich sein. Diese Meinung vertrat vor allem Jack Hayward (University of Hull), der besonders in der prinzipiellen Ablehnung liberalen Gedankenguts eine spezifisch französische Reformblockade sieht, teilweise auch Nicolas Tenzer. Andere waren zwar skeptisch, konnten aber konkrete Vorschläge machen, an welchen Punkten Veränderungen möglich und produktiv sein würden. So plädierte Philippe Manière (Institut Montaigne) vehement für ein Verbot der Ämterhäufung und für eine systematische Stärkung des Parlaments. Dieser skeptischen und nach konstitutionellen Veränderungen rufenden Auffassung stand die nüchterne Erfahrung von Jean Francois-Ponçet und Raphaël Hadas-Lebel (Conseil d'Etat) entgegen: Die V. Republik hat, so betonten beide, erhebliche Reformen erlebt, und es kam dabei nicht in erster Linie auf die Regelungen der Verfassung oder die Machtverteilung an, sondern in erster Linie auf den politischen Willen. Es gebe also keinen Grund, so übereinstimmend die französischen Politiker, auch innerhalb der bestehenden Regelungen nicht mutig Reformen anzustreben und diese auch umzusetzen. Beide betonten, dass Staatspräsident Sarkozy mit einem klaren und sehr mutig formulierten Reformprogramm angetreten und mit diesem Programm gewählt worden sei. Während einige Referenten wie Jack Hayward die Ernsthaftigkeit des Reformwillens aufgrund der Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte infrage stellen, betonte Hadas-Lebel die Konsequenz, mit der Sarkozy den Dialog mit den Sozialpartnern sucht und das Versprechen der intensiven Verhandlungen vor der Verabschiedung von Gesetzen einlöst.

In den drei parallelen Arbeitsgruppen (Gesellschaftliche Grundlagen und Teilhabe; Permanenz und Wandel der V. Republik; Wahlen, Wahlkampf und Diskurse) wurden unterschiedliche Aspekte der Entwicklung der V. Republik und der heutigen politischen Aktualität in Frankreich vertieft. Die wichtigsten Beiträge werden wie jedes Jahr im „Frankreich Jahrbuch“ veröffentlicht.